01|2013

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Außerdem in dieser Ausgabe:

Grüne Woche 2013
BER Flughafenmisere
Deutsch - Französische Freundschaft
Schulessen für ALLE Kinder

Illustration: K.Brückner (c)

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

Foto: Konstantin Bruckner (C

Bundestagsreport 01/ 2013

der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

04
Petitionsrecht ausbauen - Bürgerbeteiligung stärken
von Sabine Stüber

08
Affäre Ramsauer und geordneter Rückbau beim BER
von Dr. Dagmar Enkelmann

12
Essensangebot in Bildungseinrichtungen muss jedem Kind zur Verfügung stehen *von Diana Golze*

18
Anträge, Anfragen & Initiativen

30
Kontakt

06
DIE LINKE auf der grünen Woche
von Kirsten Tackmann

10
LINKE Perspektiven und 50 Jahre Élysée-Vertrag
von Thomas Nord

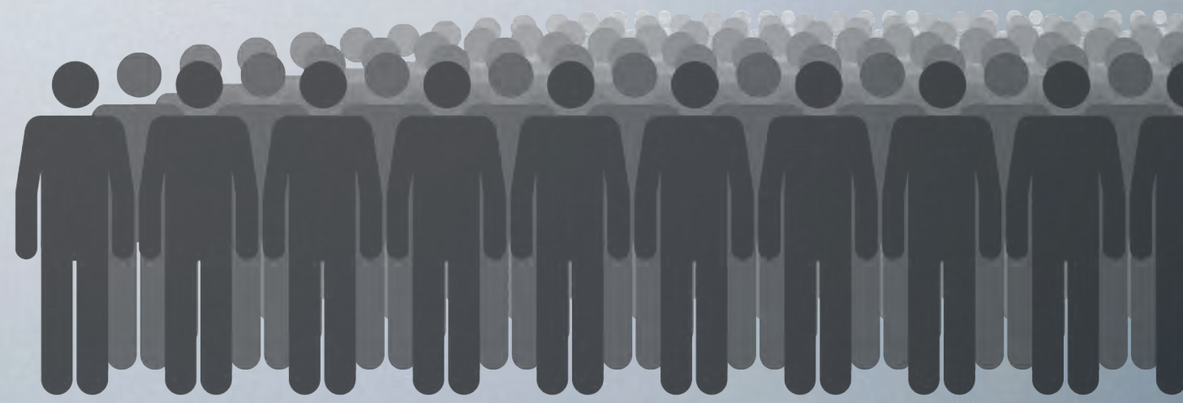
14
Pressemitteilungen

28
Reden

32
Impressum

Petitionsrecht ausbauen Bürgerbeteiligung stärken

von Sabine Stüber



Die Bedeutung des Petitionsrechts kann nicht genug betont werden. Dementsprechend ist das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden, auch in Artikel 17 des Grundgesetzes als Grundrecht verankert.

Jede Person kann ohne Beachtung komplizierter Formvorschriften eine Petition einreichen, wenn sie sich von einer Bundesbehörde ungerecht behandelt fühlt oder Anregungen für Änderungen bestehender Gesetze hat. Allein Absenderadresse und Unterschrift genügen. Darüber hinaus gibt es Online-Petitionen, die über das bundestagseigene Formular eingereicht werden können und für die eine elektronische Unterschrift ausreichend ist. Unterzeichnen mehrere Personen eine Petition, so handelt es sich bei dieser um eine Sammelpetition. Eingaben in größerer Zahl mit demselben Anliegen, deren Text ganz oder im Wesentlichen übereinstimmt, werden als Massenpetitionen bezeichnet.

Wenn eine Petition mehr als 50.000 Unterschriften erreicht hat, führt dies dazu, dass die Einreichenden das Recht auf eine öffentliche Anhörung vor dem Petitionsausschuss haben. Damit erfährt das Anliegen dieser Petitionen eine erheblich höhere mediale Aufmerksamkeit.

Leider wird die Wichtigkeit des Petitionsrechts oft verkannt. Auch in der parlamentarischen Praxis droht der Petitionsausschuss, obwohl einer der sogenannten – weil im Grundgesetz vorgeschrieben – Königsausschüsse, ein Randdasein zu fristen. So wird der Bericht des Petitionsausschusses im Plenum jedes Jahr aufs Neue auf eine derart späte Zeit gelegt, dass kaum noch Abgeordnete, geschweige denn die Öffentlichkeit, von der Arbeit des Ausschusses Kenntnis nehmen. Die Petitionen werden nur selten im Plenum diskutiert, die Petitionsverfahren sind oft langwierig und die Entscheidungen des Petitionsausschusses sind letztlich unverbindlich.

Dabei erfährt der Petitionsausschuss aus erster Hand, wie sich Gesetze auf Bürgerinnen und Bürger auswirken und welche Sorgen die Menschen in Deutschland haben. Pro Jahr erreichen immerhin etwa 18.000 Eingaben und Beschwerden den Petitionsausschuss. Damit ist er ein Seismograph, der die Stimmung der Bevölkerung aufzeichnet und an die Abgeordneten weiterleitet.

Um die Bedeutung des Petitionsrechts und das Gewicht des Petitionsausschusses innerhalb und außerhalb des Parlaments zu stärken, hat die Fraktion DIE LINKE am 12.09.2012 unter der Drucksachen-Nr. BT 17/10682 den Antrag „Bürgerbeteiligung stärken – Petitionsrecht ausbauen“ in den Bundestag eingebracht. Darin wird gefordert, dass Massen- und Sammelpetitionen im Plenum und den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden. Auf diese Weise könnten die öffentlichen Sitzungen zu Themen, die eine breite Unterstützung erfahren haben, besser die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker erreichen. Das wiederum würde zu einer besseren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger führen, die Demokratie stärken und der Politikverdrossenheit entgegenwirken.

DIE LINKE. auf der Grünen Woche

von Dr. Kirsten Tackmann

Jeden Januar aufs Neue. Die Messe Berlin öffnet ihre Tore. Die „Internationale Grüne Woche“ (IGW) lockt wieder hunderttausende Besucher_innen an. Es wird viel geschlendert, geschupst, getrunken oder gequatscht. Doch immer mehr Menschen interessieren sich nicht nur für Salami-Häppchen oder neue Gartenmöbel, sondern auch für agrar- oder ernährungspolitische Fragen. Sie sollten in Halle 6.2 vorbeikommen. Dort ist der Stand der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu finden. Eigentlich kann man ihn gar nicht übersehen, denn der rote Porsche-Traktor fällt sofort ins Auge.

Bereits zum sechsten Mal ist die Fraktion mit von der Partie. Jeden Tag werden Abgeordnete sowie Mitarbeiter_innen Rede und Antwort stehen. Dieses Jahr steht der Messeauftritt der Linksfraktion unter dem Motto „Wer zieht den Karren aus dem Dreck?“. Damit lenkt die Fraktion die Aufmerksamkeit auf das Erfolgsprojekt des Jahres 2012: ihren „PLAN B“. Dieser PLAN B ist „das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“. Er enthält eine Vision für das Jahr 2050 und beschreibt - beispielhaft in vier Leitprojekten - die notwendigen Umbauschritte bis dahin. Die Leitprojekte sind Industrie, Verkehr, Energie und Agrar. Für die IGW hat die Linksfraktion die Themen Energie und Agrar zur Diskussion ausgewählt.

Ein neuer Folder fragt: „Wer zieht den Karren aus dem Dreck?“. Der „Dreck“ - das ist PLAN A: Umweltverschmutzung, Armut, Hunger, Raubbau, Diskriminierung etc. Dieser „Dreck“ muss auf den „Misthaufen der Geschichte“, damit der PLAN B der Linksfraktion verwirklicht werden kann. Der PLAN B der LINKEN ist - im Unterschied zu Konzepten eines grün angestrichenen Kapitalismus - kein elitärer Masterplan, sondern hat von Anfang an zum Mitmachen eingeladen. Eine erste intensive partizipative Phase ging bis vergangenen Herbst und mündete in einer erfolgreichen zweitägigen Konferenz Ende Oktober 2012. Diese Ergebnisse und die breite Diskussion im Internet fließen nun in die Überarbeitung des PLAN B ein und werden weiter diskutiert. Ich bin gespannt, wie unsere Überlegungen beim Messepublikum ankommen werden.

Aufgrund der guten Erfahrungen der vergangenen Jahre nimmt die Fraktion wieder am Kinder- und Jugendprogramm der Messe Berlin teil. Am Stand können sich Schüler_innen bei einem Quiz mit den Themen Ernährung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft auseinandersetzen. Ein Agrar-Memory lädt zum Spielen ein. Und der Renner des vergangenen Jahres, das Kochbuch der Fraktion, ist - ergänzt mit neuen Rezepten - ebenfalls wieder vor Ort erhältlich.

Die Grüne Woche ist ein großer Rummelplatz. Laut, voll, bunt, warm und anstrengend. Doch sie ist mehr als das. Auf der Grünen Woche erhält die Bundesregierung auch die agrarpolitischen Hausaufgaben für das neue Jahr. Damit sie diese ernst nimmt, demonstrieren am 19. Januar Tausende bei der Agrardemo „Wir haben es satt“ - ich auch. Die Linksfraktion wird darüber hinaus zehn Tage lang an ihrem Messestand für eine LINKE Agrarpolitik werben. Unsere gleichnamige Broschüre ist ebenfalls hier erhältlich. Wir engagieren uns konsequent für eine sozialere und ökologischere Agrarwirtschaft.

Link Broschüre
Link Folder
Link Demo
Link Termin

Affäre Ramsauer und geordneter Rückbau beim BER

von Dr. Dagmar Enkelmann

Das Desaster um den BER hat letzte Woche endgültig den Bundestag erreicht und könnte sich zu einer Affäre Ramsauer ausweiten. Am Montag verweigerte die Koalition samt Bundesverkehrsminister der Opposition im Haushaltsausschuss jedwede Auskünfte. Bei der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch sollte der Parlamentarische Staatssekretär Mücke (FDP) darüber Auskunft geben, wann der BER das letzte Mal Thema im Bundeskabinett war. Er nehme an, das sei im März 2010 gewesen, als eine Umbesetzung im Aufsichtsrat beschlossen worden sei. Soviel Ignoranz gegenüber einem Projekt, in das auch der Bund inzwischen Milliarden an Steuergeldern investiert, ist unfassbar und kann einfach nicht wahr sein. Das werden wir uns nicht länger bieten lassen.

Den Ernst der Lage hat offenbar auch Bundesverkehrsminister Raumsauer noch nicht erkannt. So habe er sich, gab er in der folgenden Fragestunde des Bundestages in dieser Woche flapsig zu Protokoll, am 19. Dezember 2012 in seinem Ministerium fast rein zufällig mit dem neuen Technik-Chef des BER, Amann, getroffen. Während Staatssekretär Mücke zuvor dieses Treffen seines Ministers noch zu einem persönlichen Kennenlernen herabstufen wollte, räumte Ramsauer dann doch ein, er und Amann hätten auch darüber gesprochen, ob der Eröffnungs-Termin Oktober 2013 zu halten sei. Ergebnis sei aber gewesen, dass man das erst Anfang Januar 2013 seriös beantworten könne. Ein Protokoll oder schriftliche Unterlagen über das Gespräch gebe es, verlautete in der Fragestunde weiter, nicht - zum Glück für Ramsauer offensichtlich. Mitte Dezember haben die Spatzen eine neuerliche Verschiebung schon von den BER-Dächern gepfiffen. So soll am 21. Dezember 2012 klar gewesen sein, dass die Tests mit der Entrauchungsanlage nicht erfolgreich sind. Am 4. Januar 2013 soll dann der Aufsichtsrat per Brief darüber informiert worden sein, dass die Eröffnung erneut verschoben werden müsse. Und das war am 19. Dezember nicht zu erahnen? Da wird Ramsauer noch einiges aufzuklären haben.

Die Episode im Bundestag zeigt einmal mehr: Beim Flughafen BER wird derzeit „Wechsle-das-Bäumchen“ gespielt. Schuld und Verantwortung werden hin und her geschoben, da und dort wird mal ein Bauernopfer gebracht. Auf Dauer wird das nicht helfen. Wichtiger als Personalrochaden wäre ein wirklicher Wechsel der Unternehmensstrategie. Manchmal ist es gut, wenn man sich in dem Zusammenhang an alte Unterlagen erinnert, zum Beispiel eine von mir initiierte Kleine Anfrage aus dem Jahreswechsel 1993/1994 zum „Projekt Großflughafen Berlin-Brandenburg“.

Die damalige Antwort der Bundesregierung vom 10. Januar 1994 (Drs. 12/6547) ist erstaunlich aktuell. Damals wurde von der Regierung für 2010 ein Passagieraufkommen für den heutigen BER von 21 bis 25 Millionen prognostiziert. Die 25 Millionen sind von Tegel und Schönefeld zusammen tatsächlich erreicht. Weiter betont die Bundesregierung, der Flughafen sei vor allem für den Raum Berlin-Brandenburg gedacht und die „überregionale Drehkreuzfunktion“ sei untergeordnet. Auch gelte es, den Kurzstreckenverkehr Luft in Langstreckenverkehr Schiene umzuwandeln. Die „verkehrs- und kostengünstigste Anpassungsmöglichkeit“, heißt es, sei der stufenweise Ausbau von Berlin-Schönefeld.

Dieses Konzept wurde dann allerdings vom Bund und den beiden Ländern in den Wind geschlagen und der Großflughafen als internationales Drehkreuz für 40 Millionen Passagiere geboren. Diesen grundsätzlichen Fehler gilt es zu korrigieren. Statt weiter am Schloss Kuckucksheim zu werkeln, kommt es auf einen geordneten Rückbau des BER an. Leitlinien sind der Anwohner- und Gesundheitsschutz sowie ein umfassendes Nachtflugverbot.

Zu recht fordert der Vorsitzende der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN, Christian Görke, jetzt, die Folgen der Standortentscheidung Schönefeld für die betroffenen Menschen so gering wie möglich zu halten. Das neue Zeitfenster müsse endlich genutzt werden, um Häuser und Wohnungen lärmschutzsicher zu machen. Es braucht jetzt, betont Görke völlig richtig, in jeder Hinsicht einen konsequenten Neustart. dazu gehöre „notfalls“ auch ein Umbau, damit der Flughafen baldmöglichst seinen Dienst aufnehmen kann.

Meiner Meinung nach sollte der Flughafen für 25, maximal 30 Millionen Passagiere konzipiert werden. Dabei sind die Kapazitätsreserven von Flughäfen wie z.B. Hannover, München und Frankfurt (Main) einzubeziehen. Das muss im Rahmen eines Nationalen Luftverkehrskonzept geschehen, das die Bundesregierung endlich vorlegen muss.

Linke Perspektiven und 50 Jahre Élysée-Vertrag

von Thomas Nord

Vor fünfzig Jahren, am 22. Januar 1963, wurde in Paris der Élysée-Vertrag unterschrieben. Mit diesem Freundschaftsvertrag verpflichteten sich die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zu einer weitgehenden Kooperation. Beide Regierungen vereinbarten regelmäßige Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik. Dies war ein weitgehender Schritt, der keine zwanzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs beschlossen wurde. Die deutsch-französische Erbfeindschaft wurde beigelegt, das Hegemonialstreben durch wechselseitige Anerkennung ersetzt. Insbesondere der Umstand, dass Charles de Gaulle den Vertrag als französischer Präsident unterzeichnet hat, verlieh diesem Abkommen seine große Zustimmung in Frankreich, denn de Gaulle war ein führender Kopf in der Résistance gegen die Besetzung Frankreichs durch Nazi-Deutschland.

Aus heutiger Sicht hat der Vertrag dazu beigetragen, nach drei großen Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich eine Periode des Friedens zwischen beiden Staaten zu eröffnen. Die deutsch-französische Aussöhnung ist ein Grundbaustein für die heutige Europäische Union und insoweit spielt sie eine hervorgehobene Rolle. Dennoch muss betont werden, dass die heutige EU aus 27 Staaten besteht. Insbesondere durch die Euro-Zone der 17 Mitgliedsstaaten wurde eine zweite wichtige Struktur innerhalb der EU gebildet, die Auswirkungen auf die gesamte EU hat. Durch die Krise des Euro und unterschiedlichen Entwicklungen und Reaktionen der herrschenden Politik in Deutschland und Frankreich tritt hier eine ungewöhnliche Belastungsprobe in den Beziehungen der Länder auf.

Die Parteien der Front de Gauche und DIE LINKE sowie die Fraktionen Groupe Gauche Démocrate et Républicaine in der Assemblée nationale und DIE LINKE im Bundestag nehmen das fünfzigste Jubiläum des Élysée-Vertrags zum Anlass, um ihren Austausch und ihre Zusammenarbeit zu bekräftigen und auszubauen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der politischen Lage, die durch die Euro-Krise entstanden ist. Sie ist auch eine Krise, die durch eine falsche Sozialpolitik forciert wurde. Vor zehn Jahren wurden in Deutschland die Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht. Aus staatsmännischer Sicht sollte damit die deutsche Wirtschaft vom kranken Mann in Europa zur europäischen Lokomotive werden. Aus sozialpolitischer Sicht haben die Hartz-Gesetze zu einer breiten sozialen Verelendung und Ausgrenzung geführt.

In Frankreich wurde nach der Wahl des sozialistischen Präsidenten Francois Hollande im Juni des vergangenen Jahres in der Presse zunächst ein Linksruck ausgemacht. Doch Francois Hollande geht den gleichen Weg wie Gerhard Schröder. Er hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, mit dem die wirtschaftspolitische Situation analysiert und Lösungsvorschläge entwickelt werden sollten. In Deutschland wurde die Agenda 2010 durch den mittlerweile strafrechtlich verurteilten VW-Manager Peter Hartz entwickelt, in Frankreich wurde dieser Auftrag an den ehemaligen Bahn- und EADS Manager Louis Gallois vergeben. In der Präsentation des Reports hat Gallois dem französischen Staat eine Schocktherapie und 22 Maßnahmen für die Neoliberalisierung empfohlen, mit der die Wettbewerbsfähigkeit des kranken Manns Frankreich wiederhergestellt werden soll.

Die Fraktion DIE LINKE und die Groupe Gauche democrate et Républicaine haben mehrere Projekte vereinbart. Wir wollen die politischen und sozialen Folgen der Hartz-Gesetze und der zu erwartenden Folgen des Gallois-Reports miteinander vergleichen und gemeinsame parlamentarische Initiativen verabreden. Wir wollen unsere Wahlkampfkampagnen insbesondere mit Blick auf die Europawahl 2014 miteinander entwickeln. Wir setzen uns gegen die Fortführung der Austeritätspolitik ein und für eine Regulierung der entfesselten Finanzmärkte, die uns in diese Krise gestürzt haben. Wir wollen den Weg für ein solidarisches und fortschrittliches Europa ebnen.

Essensangebot in Bildungseinrichtungen muss jedem Kind zur Verfügung stehen

von Diana Golze

Spätestens seit den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zur Neuregelung der ALG II Regelsätze im Jahr 2010 ist die Frage nach der Notwendigkeit eines guten Schulessens in der Diskussion. Damals war die Debatte nötig geworden, weil der Gesetzentwurf der Bundesregierung vor allem wegen der mangelhaften und unzureichenden Neugestaltung der Regelsätze für Kinder durch den Bundesrat abgelehnt worden war. Die Lösungen, die damals durch die SPD herbeigeführt wurden, konnten keine gute Gesamtlösung für die betroffenen Kinder bringen, weil die eigenständigen und besonderen Bedarfe von Kindern nicht in die Logik von Hartz IV passen. So auch die Regelungen zur Absicherung eines warmen Schulessens, die damals getroffen wurden. Denn das Problem ist geblieben, hat sich vielmehr sogar verschärft. Viele Kommunen haben durch die zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel eine Mittagessenversorgung eingeführt. Andere wiederum haben bereits bestehende Regelungen zur Bezuschussung dieses wichtigen Angebotes für Kinder aus Familien mit keinem oder einem geringen Einkommen gekippt und durch die neuen Bundesmittel ersetzt. Noch immer aber ist es so, dass der große Teil unserer Schullandschaft vor allem in den alten Bundesländern gar kein Versorgungsangebot für Schüler vorhält.

DIE LINKE hat nun in einem Antrag einen Lösungsweg vorgeschlagen, der Schulessen zu dem macht, was es sein sollte: Ein regelhaftes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler.

DIE LINKE sagt darum: Ein Essenangebot an den Schulen und Kindertagesstätten muss alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen erreichen. Sie dürfen dabei nicht zu Bittstellern herabgewürdigt werden. Mit den derzeitigen Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder ist eine altersgerechte Ernährung nicht zu erreichen. Die Zuschüsse für die Verpflegung durch das Bildungs- und Teilhabepaket kommen bei vielen Kindern und Jugendlichen nicht an. Eine solche Leistung kann und darf nicht an den Hürden bürokratischer Antragsverfahren scheitern, sondern gehört zum täglichen Bedarf eines jeden Kindes. Ziel muss es sein, eine hochwertige und unentgeltliche Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Schulen und Kindertagesstätten sicherzustellen.

Dazu braucht es aus Sicht der LINKEN vor allem die Erarbeitung und Verankerung von Qualitätsstandards in den jeweiligen Gesetzgebungen. Um eine selbstbestimmte Ernährungsweise der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen, sollen geschmacklich vielfältige, abwechslungsreiche und frische Mahlzeiten ohne Zusatzstoffe garantiert werden, die den kulturellen und religiösen Bedürfnissen Rechnung tragen. Hierzu ist es nötig, dass die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung der Essensversorgung vor Ort abgesichert sein muss. Zudem ist aus Sicht der LINKEN der Bund in der Pflicht, Länder und Kommunen mit der Finanzierung eines solchen Angebotes zu unterstützen und seinen Beitrag in Form von kostendeckenden Pauschalen dazu zu leisten.

Wir sehen den Bund in der Verantwortung, flächendeckend eine kostenfreie Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten zu finanzieren. Gutes Schulessen führt zu besseren Schulabschlüssen und weniger ernährungsbedingten Krankheiten. Es entlastet also die Sozialversicherungssysteme. Auch deshalb muss der Bund seine Pflicht zur Vor- und Fürsorge ernst nehmen.

Kita-Katastrophe droht

15.01.2013 – DIANA GOLZE

„Die Bundesregierung rennt sehenden Auges in die Katastrophe. Der neuerliche Aufschrei des Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes zeigt, dass Schwarz-Gelb in den vergangenen Monaten keine ernsthaften Anstrengungen unternommen hat, den schleppenden Kita-Ausbau zu beschleunigen. Schon jetzt steht fest, dass der der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige vielerorts nicht gewährleistet werden kann.

Die Leidtragenden werden in erster Linie Familien mit kleinen Kindern sein, aber auch die Kommunen, auf die Schadensersatzansprüche in Millionenhöhe zukommen. Die Kommunen dürfen mit diesen Schadensersatzansprüchen nicht im Regen stehen gelassen werden“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum Bericht des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Golze weiter:

„Die zuständige Familienministerin versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem sie Engagement simuliert, wo keines ist, und die Schuld am Scheitern des Kita-Ausbaus Ländern und Kommunen zuschiebt. Wir dürfen die Betroffenen aber nicht im Regen stehen lassen.

DIE LINKE fordert deshalb einen neuen Krippengipfel, der alle Beteiligten an einen Tisch bringt und Maßnahmen zur Beschleunigung des Kita-Ausbaus erarbeitet. Es muss sichergestellt werden, dass die notwendigen schnellen Lösungen nicht zu Lasten der Qualität von Kinderbetreuung und Erzieherinnenausbildung gehen. Ebenso muss eine Lösung bezüglich der zu erwartenden Schadensersatzforderungen gefunden werden.

Der Bund muss umgehend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen, die auch finanzschwachen Kommunen zugutekommen.“

SPD-Kindergeldpläne sind Etikettenschwindel

10.01.2013 – DIANA GOLZE

„Die von der SPD angestrebte Reform des Kindergelds käme ausgerechnet bei den ärmsten Kindern gar nicht an. Familien mit mehreren Kindern könnten dadurch sogar finanziell schlechter dastehen als jetzt. Wer eine solche Mogelpackung als sozial gerechte Familienpolitik ausgibt, knüpft nahtlos an die Agenda 2010 von Gerhard Schröder an“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zum Kindergeldkonzept der SPD. Golze weiter:

„Mit dem Vorschlag, Kindergeld und Kinderzuschlag neu zu gestalten und beide Leistungen zusammenzulegen, wollte die SPD auf den Zug der Kindergrundsicherungsdebatte aufspringen, hat den letzten Waggon jedoch verpasst. Wer Armut bekämpfen und Kinder fördern will, muss alle Kinder im Blick haben. Die SPD übersieht aber die Kinder aus Familien im ALG II-Bezug und diejenigen Kinder, deren Eltern ein Einkommen knapp über Hartz IV-Niveau haben.

Beide Gruppen würden wegen der Verrechnung mit anderen Leistungen kaum oder gar nicht von der Neuregelung profitieren und im schlimmsten Fall sogar weniger Geld haben als vorher. Eine sozial gerechte Familienpolitik, die Kinderarmut wirksam bekämpft, geht anders. Jedes Kind ist gleich viel wert und braucht die gleiche Förderung. Mit ihrem Konzept für eine bedarfsdeckende Kindergrundsicherung hat DIE LINKE einen Vorschlag unterbreitet, der sowohl Familien mit kleinen und mittleren Einkommen unterstützt, als auch Kinder aus Hartz IV herausholt.“

Foto: Petra Bork_pixelio.de

SPD-Kindergeldpläne verschärfen Ungleichheit

09.01.2013 – DIANA GOLZE

„Wer Kinder fördern will, darf sich nicht primär an der Lohntüte der Eltern orientieren, sondern muss die Bedürfnisse von Kindern zum Maßstab machen“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zu den Plänen des SPD-Vorstands, die Höhe des Kindergeldes künftig nach dem Einkommen der Eltern zu staffeln und damit mittlere Einkommen zu stärken. Golze weiter:

„Eine Reform der kinderbezogenen Leistungen ist zwar dringend notwendig, der Vorschlag der SPD geht jedoch in die falsche Richtung. Die Sozialdemokraten haben offenbar bis heute nicht verstanden, dass der Kinderzuschlag nicht nur viel zu bürokratisch, sondern auch viel zu gering ist. Dass sie versuchen, ihr Konzept als ‚sozial gerecht‘ zu verkaufen, ist Etikettenschwindel. Wer die Situation von Kindern und ihren Familien verbessern will, darf nicht in Klientelpolitik stecken bleiben. Jedes Kind hat die gleiche Förderung verdient.

Zu erreichen ist dies nur durch eine Existenz sichernde, bedarfsdeckende Kindergrundsicherung. Pläne wie die der SPD, die faktisch zu einer Unterscheidung von Kindern erster und zweiter Klasse führen, lehnen wir ab.“

Familienpolitik von vorgestern sorgt für Geburtenrückgang

17.12.2012 – DIANA GOLZE

„Wenn es überhaupt noch eines empirischen Belegs bedurfte, dass die Bundesregierung bei der Schaffung familien- und kinderfreundlichen Lebensbedingungen auf ganzer Linie versagt hat, so liegt er nun vor. Dass Kinderkriegen in Deutschland so unattraktiv ist, ist einer direkte Folge der katastrophalen Familienpolitik der Koalition“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zu einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zum Geburtenrückgang in Deutschland. Golze weiter:

„Wer nicht auf die umfassende Förderung aller Kinder durch qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote setzt, sondern lediglich Geldgeschenke an Besserverdienende verteilt, Bildung und Erziehung zur Privatsache erklärt und sich von einem Familienbild aus der Biedermeierzeit leiten lässt, darf sich über die Ergebnisse dieser Studie nicht wundern. Finanzielle Unterstützung und strukturelle Angebote dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eltern brauchen beides, eine Arbeitswelt, die eine gesicherte Existenz ermöglicht und das Familienleben nicht zerstört, und ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot für ihre Kinder.

Deshalb fordert DIE LINKE einen beschleunigten Ausbau der Kindertagesbetreuung, damit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige auch eingelöst werden kann, sowie die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.“

Foto: Andrea Damm_pixelio.de

Tackmann bei „Wir haben es satt“-Demo

17.01.2013 – KIRSTEN TACKMANN

„Es geht um eine faire und nachhaltige Landwirtschaftspolitik und deshalb bin ich dabei“, kommentiert die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE Dr. Kirsten Tackmann ihre Teilnahme an der Demonstration „Wir haben es satt“ am 19. Januar in Berlin.

Tackmann weiter:

„Gutes Essen geht nur mit guter Landwirtschaft. Das heißt faire Preise, gute Arbeit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die exportorientierte Agrarpolitik der Bundesregierung passt nicht dazu. Wer für einen sozial und ökologisch blinden Weltmarkt produziert, muss vor allem billig und massenhaft produzieren. Auf Kosten der Beschäftigten, der Tiere und des Ackers.

Auch ich habe Niedriglöhne und Selbstausbeutung in der Landwirtschaft und den Verlust an Vielfalt auf und neben dem Acker satt.

Eine andere Landwirtschaft ist möglich - wenn sie den Versorgungsauftrag mit Lebensmitteln und Energie für die Regionen zurückgewinnt, regionale Kreisläufe schließt und Agrarförderung an Arbeitsplätze und ökologische Leistungen gebunden wird. Und sich nichtlandwirtschaftliches Kapital vom Acker und aus dem Stall machen muss.“

Infos zur Demo am 19.01.2013: www.wir-haben-es-satt.de

Infos zum Stand der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf der Grünen Woche: HIER

„Wer zieht den Karren aus dem Dreck?“

16.01.2013 – KIRSTEN TACKMANN

Die Fraktion DIE LINKE präsentiert sich bereits zum sechsten Mal auf der weltgrößten Agrar- und Ernährungsmesse in Berlin. Vom 18. bis 27. Januar 2013 wird sie in der Bio-Halle 6.2 präsent sein.

Unter dem Motto „Wer zieht den Karren aus dem Dreck?“ möchte die Fraktion mit den Besucherinnen und Besuchern über linke Agrar- und Energiepolitik ins Gespräch kommen. Der knallrote Fraktionsstand knüpft inhaltlich an das Erfolgsprojekt des Jahres 2012 an: „PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“. Am Stand der LINKEN in Halle 6.2 stehen jeden Tag Abgeordnete Rede und Antwort. Darüber hinaus nimmt die Fraktion am Jugend- und Kinderprogramm der Messe Berlin teil. Schülerinnen und Schüler können sich beim Ernährungsquiz mit den Themen Ernährung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft auseinandersetzen. Ein Agrar-Memory lädt zum Spielen ein. Das frisch gedruckte und mit neuen Rezepten ergänzte Kochbuch der Fraktion ist am Stand erhältlich.

Wir würden uns über Ihr Interesse freuen und hoffen, Sie auf der Grünen Woche am Stand der Bundestagsfraktion DIE LINKE begrüßen zu können.

Weitere Informationen und eine Übersicht, wann welche Abgeordneten am Stand anzutreffen sind,
erhalten Sie: HIER

DIE LINKE fordert bienenfreundliche Agrarpolitik

16.01.2013 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Agrarlandschaft muss wieder bienenfreundlich werden. Darum unterstützt die Linksfraktion die Forderung der EU-Kommission, im Rahmen der EU-Agrarpolitik ökologische Vorrangflächen einzurichten. Mehr Struktur- und Artenvielfalt auf Äckern und Wiesen kommt auch den Bienen zugute“, erklärt Dr. Kirsten Tackmann. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion unterstützt den heutigen Protest der Imkerinnen und Imker vor dem Bundeskanzleramt. Die Abgeordnete wird am Samstag dem 19. Januar 2013 auch an der Agrar-Demo „Wir haben es satt“ teilnehmen.

Tackmann weiter:

„Wir haben es satt, heißt das Motto der alljährlichen Agrardemo. Für kaum ein Nutztier dürfte dieser Spruch mehr zutreffen, als für die Biene. Die Agrarpolitik der Bundesregierung ist nicht nachhaltig. Anstatt möglichst intensiv, sollte so nachhaltig wie möglich produziert werden. Wer jedoch eine exportorientierte Agrarwirtschaft will, die sich an den Preisspiralen der Weltmarktes und dem Gewinnstreben der Börsen orientiert, wird auf die Belange der Imkerinnen und Imker keine Rücksicht nehmen. Die Biene bleibt dabei auf der Strecke. Daher unterstütze ich die heutige Protestaktion der Imkerschaft gegen die schwarz-gelbe Koalition.

Bienen haben in der Agrarlandschaft mit vielen Problemen zu kämpfen. Sie finden immer weniger Blühpflanzen. Sie werden durch Pestizide oder Gentech-Pflanzen bedroht. Gleichzeitig breiten sich Krankheiten weiter aus. Die Linksfraktion setzt sich für mehr Artenvielfalt und weniger chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel ein.“

Foto: ajking_pixelio.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

= aktuelle Sitzungswoche

17.01.2013

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/12102

Die Pille danach rezeptfrei machen

DIE LINKE. fordert mit dem Antrag die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Arzneimittelverschreibungsverordnung so ändert, dass Präparate zur postkoitalen Kontrazeption aus der Verschreibungspflicht entlassen werden. Über die Wirkungen soll objektiv informiert und die kommerzielle Werbung soweit wie möglich begrenzt werden.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/12095

Bessere Krankenhauspflege durch Mindestpersonalbemessung

Die Arbeitsverdichtung in der Krankenhauspflege hat in den letzten Jahren, nicht zuletzt wegen der bundespolitischen Vorgaben, stark zugenommen. Mittlerweile hat diese Arbeitsverdichtung Ausmaße angenommen, dass die Pflegenden trotz großen Einsatzes nicht mehr den Erfordernissen entsprechen können. Das setzt sie unter psychischen und physischen Druck und gefährdet die Pateintinnen und Patienten. Mit dem Antrag schlagen wir eine bundesweit gültige Regelung zur Mindestpersonalbemessung vor.

16.01.2013

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/12064

Kohleausstiegsgesetz nach Scheitern des EU-Emissionshandels

Mit dem Antrag wird eine Alternative aufgemacht: Entweder, die Mitgliedsstaaten schaffen es gemeinsam, bis zum Frühjahr den EU-Emissionshandels (ETS) radikal zu reformieren, um ihn klimaschutztauglich zu machen. Oder die Bundesregierung muss das Scheitern dieses Instruments feststellen und ein nationales Kohleaustiegsgesetz formulieren. Für ersteres werden im Antrag Kriterien benannt, die auf Vorschlägen der EU-KOM basieren. Letzteres geht auf ein Modell von Greenpeace zurück.

ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/12061

CELAC-EU-Gipfel in Santiago de Chile – neue Zusammenarbeit mit neuen Partnern

Der EU-Lateinamerika-Gipfel im Januar in Santiago de Chile steht unter neuen Vorzeichen: In Lateinamerika haben sich viele Länder vom IWF u. a. empanzipiert und setzen eine eigenständige binnenmarktorientierte Wirtschaftsentwicklung und großzügige Sozialprogramme um, während in der EU die Austeritätspolitik einige Staaten in den Kollaps treibt.

11.01.2013

GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11703

Entwurf eines Gesetzes zur Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz

Für die Herstellung der Unabhängigkeit der Justiz bedarf es verfassungsrechtlicher und darauf aufbauend sodann einfachgesetzlicher Änderungen. Es gibt daher *zwei* sich ergänzende Gesetzentwürfe, wobei mit dem vorliegenden Entwurf die einfachgesetzlichen Änderungen vorgenommen werden. Hinsichtlich Ziel, Inhalt und politischer Aussage siehe „Entwurf eines ... *Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes* - Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz“.

GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/11701

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes - Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz

Die Judikative ist die einzige der drei vom Grundgesetz geteilten Gewalten, die nicht unabhängig ist. Strukturelle, finanzielle und personelle Entscheidungen werden nicht durch die Judikative selbst getroffen, sondern sind in wesentlichen Bereichen der Exekutive in Form der Justizministerien und Justizverwaltungen zugeordnet, die damit einen erheblichen Einfluss auf die Rechtsprechung ausüben kann. Der Entwurf schafft die Grundlagen im Grundgesetz, um die Judikative unabhängig zu machen.

17.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/12053

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für 2012

Die von der LINKEN regelmäßig erfragten ergänzenden Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sollen Aspekte näher beleuchten, die von der offiziellen monatlichen Statistik ausgeblendet werden. Die Zahlen unterstützen NGOs in ihrer politischen Arbeit und werden von diesen regelmäßig genutzt. Aktuelle Entwicklungen in der Asylpraxis können schneller erkannt und hinterfragt werden.

15.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/12044

Altmunition und Schifffahrtssicherheit auf den Bundeswasserstraßen von Nord- und Ostsee

Die Nutzung von Nord- und Ostsee hat im letzten Jahrzehnt stark zugenommen (Schifffahrt, Offshorebautätigkeit). Lückenhafte Kenntnisse der Ablagerung von Altmunition und Kampfmitteln am und im Meeresboden stellen eine Gefährdung für Schiffsverkehr und andere Tätigkeiten in Nord- und Ostsee dar, auch im Bereich der Bundeswasserstraßen. DIE LINKE fragt die Bundesregierung nach Art und Umfang der Belastung sowie der Beteiligung des Bundes bei der Problemlösungssuche.

Anträge, Anfragen & Initiativen

= aktuelle Sitzungswoche

15.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/12043

Prekäre Beschäftigung in Bundesministerien, nachgelagerten Ämtern und Behörden

Seit einigen Jahren befragt DIE LINKE. die Bundesregierung über die prekär Beschäftigten beim Bund. Danach stieg innerhalb von zehn Jahren die Zahl der eingesetzten Leiharbeitskräfte von nur einigen Dutzend auf zuletzt über Tausend. Daneben gibt es viele befristet Beschäftigte und outsourcte Tätigkeiten mit schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen. Für das Ziel „Gute Arbeit“ sollte der Bund als öffentlicher Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen statt prekäre Beschäftigung zu fördern.

09.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/12010

Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen durch Umtriebe des Vereins Eigentümerbund Ost e.V. in Polen

Die Kleine Anfrage beschäftigt sich mit dem in Berlin im Jahre 2012, nach einer vorangegangen Auflösung, von der extrem rechten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ neugegründeten „Verein Eigentümerbund Ost (EBO) e.V.“, der auf seinerWebsite angekündigt hat, mittels Klagen in Polen und Tschechien die Ansprüche von sog. Vertriebenen auf ehemaliges Eigentum durchsetzen zu wollen.

07.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11987

Bilanz und Neuflage des Programms für zivile Sicherheit

DIE LINKE erfragt die Entstehungshintergründe und Akteursverflechtungen für die Neuauflage des Programms für zivile Sicherheit und zeigt u.a. problematische Verbindungen von zivilen und militärischen Zwecken bei der ersten Auflage auf. DIE LINKE setzt sich für mehr Transparenz und zivilgesellschaftliche Beteiligung auch bei der sensiblen Sicherheitsforschung ein.

04.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11979

Datenweitergabe trotz Widerspruch bei Postdienstleistern

Die Deutsche Post AG (DP AG) bietet ihren Kunden im Fall eines Wohnungswechsels an, mit alter Anschrift adressierte Sendungen an die neue Anschrift weiterzusenden. Im Rahmen dieses Nachsendeauftrages wird vom Kunden dessen Einverständnis eingeholt, dass die Anschriftenänderung Absendern zur Adressaktualisierung zur Verfügung gestellt wird. Auch wenn man dies nicht erteilt, gibt die DP AG offenbar die neuen Adressen standardmäßig z.B. an Presseverlage weiter.

04.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11978

Integration von schweren Drohnen in den allgemeinen zivilen Luftraum

Die EU-Kommission will den zivilen Luftraum der EU-Mitgliedstaaten ab 2016 für Drohnen ab einem Abfluggewicht von 150 Kg öffnen. Diese könnte von Polizeibehörden oder Grenztruppen genutzt werden. Damit will die Kommission der europäischen Industrie Wettbewerbsvorteile verschaffen, da es sich bei der Produktion von Drohnen um den am dynamischsten wachsenden Sektor der Luftfahrtindustrie handele. Die Fragesteller/innen kritisieren, dass der Vorstoß vornehmlich der Rüstungsindustrie nützt.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11977

Geplante EU-Richtlinie zur Speicherung von Fluggastdaten

Auf EU-Ebene wird eine neue Richtlinie diskutiert, deren Inhalt den Regelungen des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA nahezu gleichen soll. Die Richtlinie soll den Mitgliedsstaaten vorschreiben, Fluggastdaten von Passagieren die von und nach Europa reisen, systematisch zu erfassen und ohne jeglichen Verdacht, einzig und alleine aufgrund der Nutzung eines Flugzeugs, fünf Jahre lang auf Vorrat zu speichern. Auch innereuropäische Flüge könnten überwacht werden.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11975

Verkauf der URENCO und Verbreitung von Atomwaffentechnik

Medienberichten zu Folge stehen mindestens zwei Drittel der Anteile des multinationalen Urananreicherers URENCO zum Verkauf, zu dem die Urananreicherunganlage in Gronau gehört. Mit solchen Anlagen in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und den USA versorgt die URENCO rund ein Drittel des Weltmarkts mit angereichertem Uran. Der Verkauf von Anteilen an der URENCO stellt grundsätzlich ein Risiko zur Verbreitung von Know-How über Gaszentrifugentechnologie und damit Kernwaffentechnik dar.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11974

Psychische Belastungen aufgrund flexibler und atypischer Arbeitszeiten

Verschiedene Befragungen weisen auf einen Zusammenhang zwischen der Entgrenzung von Arbeitszeit und der Zunahme von psychischen Belastungen für die Beschäftigten hin. Mit der Kleinen Anfrage wollen wir die Bundesregierung nach ihren Erkenntnissen zu diesem Zusammenhang befragen: Wie wirken sich immer flexiblere Arbeitszeiten, höhere Anforderungen an die Erreichbarkeit außerhalb der Arbeit und zunehmende Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit auf die Gesundheit der Beschäftigten aus?

Anträge, Anfragen & Initiativen

04.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11974

Einflussnahmen auf das geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage

Mit dem von Burda und Springer geforderten Leistungsschutzrecht für Presseverlage wird ein Monopolrecht zur öffentlichen Zugänglichmachung von kleinsten Textausschnitten geschaffen, das die Kommunikationsfreiheit im Internet beeinträchtigt. Die Linksfraktion fragt nach, wann und welche Einflussnahmen auf die Einführung eines solchen Rechts, von dem Presseverleger profitieren, und das von der Bundesregierung als Gesetzentwurf vorgelegt wurde, erfolgten.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11966

Sanktionen bei Hartz IV und Leistungsvergabe nach § 31a Absatz 3 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, Sachleistungen und geldwerte Leistungen

Anlässlich des BVerfG-Urteils zum Asylbewerberleistungsgesetz stellt sich erneut die Frage nach der Verfassungswidrigkeit von Sanktionen bei Hartz IV. Zielsetzung der Nachfrage ist es, die mangelhaften Antworten der Bundesregierung und neuere Aussagen von Heinrich Alt zur Sanktionspraxis zu benennen und zu skandalisieren.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11965

Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in Deutschland

In Deutschland wird 2020 fast jeder Dritte 60 Jahre und älter sein.
Die Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in ihren Wohnungen und ihrem Wohnumfeld leben. Die Wohnsituation älterer Menschen bleibt wegen ihres wachsenden Anteils an der Bevölkerung, der zunehmenden Nutzung der eigenen Wohnung auch im höheren Alter und der Notwendigkeit, die verschiedenen Altersgruppen differenziert zu betrachten, weiterhin ein wichtiges gesellschaftliches Thema.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11964

Maßnahmen gegen unseriöses Inkasso zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich beenden

Unberechtigte Inkassoforderungen, die mit hohen, oft unberechtigten Forderungen verbunden sind, sind seit Jahren ein Hauptärgernis vieler Verbraucher/innen. Ein im März 2012 vom Bundesjustizministerium vorgelegter Referentenentwurf „Entwurf eines Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken“, der Inkassogebühren deckeln und mehr Transparenz schaffen soll, befindet sich seitdem in der Ressortabstimmung. Durch die Untätigkeit der Bundesregierung werden Verbraucher/innen täglich weiter geschädigt.

04.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11963

Kooperationsanwälte des Auswärtigen Amtes

Es geht in der Kleinen Anfrage um die von Seiten der jeweiligen zuständigen deutschen Botschaft zwecks Nachforschungen in Verfahren auf Anerkennung als Asylberechtigte bzw. Feststellung auf Vorliegen der Flüchtlingseigenschaft beauftragten Kooperationsanwälte des Auswärtigen Amtes, deren Ermittlungen Gegenstand der Auskunft bzw. Stellungnahme des Auswärtigen Amtes sind.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11937

Wahrnehmung der staatlichen Aufsicht über die GEMA

Die GEMA steht seit langem, besonders aber durch die Gebührenerhöhung 2012/13 in der öffentlichen Kritik. Dabei beklagen sich sowohl GEMA-Mitglieder als auch Nutzer von musikalischen Werken über die undemokratische Binnenorganisation und die willkürliche Erhebung von Lizenzgebühren. Die staatliche Aufsicht über die GEMA nimmt das Deutsche Patent- und Markenamt nur unzureichend wahr. Der neueste Stand der Verhandlungen und andere Hintergrundinformationen sollen mit dieser KA abgefragt werden.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11931

Gefährdung der beruflichen Existenz von Sinti und Roma durch das KrWG

Augrund von Behördenwillkür im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes droht zahlreichen fahrenden Schrottsammlern das berufliche Aus. Besonders betroffen sind Angehörige der nationalen Minderheit der Sinti und Roma, die traditionell seit Generationen als Familienbetriebe die Branche beherrschen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11991 vor.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11928

V-Leute Problematik im NPD-Verbotsverfahren

Nachdem das NPD-Verbotsverfahren 2003 an der V-Leute Problematik gescheitert ist, gilt es bei einem erneuten Anlauf dieses Thema von Anfang an zu beachten. Die Kleinen Anfrage dient dem Ziel zu erfragen, inwieweit die Länder und der Bund auf Material zurückgreifen, das frei von Einflüssen von V-Leuten ist. Dies wurde bisher von den Bundesländern nicht schriftlich versichert.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/12019 vor.

Anträge, Anfragen & Initiativen

04.01.2013

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11927

Stand der Verhandlungen zur Neufassung von EU-Richtlinien im Asylrecht und Haltung der Bundesregierung

Derzeit befindet sich eine Richtlinie zur weiteren Harmonisierung der Aufnahmestandards für Asylsuchende in der EU in der Endabstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten. Geplant ist die Einführung zahlreicher neuer Tatbestände, die zu einer Inhaftierung Asylsuchender führen können und für fast alle Asylsuchenden anwendbar sind. Die Bundesregierung trägt diese Neufassung der Richtlinie mit, obwohl sie in deutlichem Widerspruch zum internationalen Flüchtlingsrecht steht.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/12039 vor.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11915

Traditionslinien von Bundeswehr zu SS sowie anderen NS-Tätern

Bei einer Feier zum Volkstrauertag auf dem Gelände des Ausbildungszentrums Munster hat die Bundeswehr nach Informationen des Fernsehmagazins kontraste (29. 11. 2012) Kränze für Wehrmachtsdivisionen abgelegt, darunter auch solche, die Kriegsverbrechen begangen haben. Einmal mehr erweist sich die Traditionspolitik der Bundeswehr als extrem fragwürdig. DIE LINKE fordert, jeglichen positiven Bezug zu Wehrmacht und SS aufzugeben.

19.12.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11904

Öffentliche Ausgaben für Pensionszahlungen an ehemalige Minister, Staatssekretäre und politische Spitzenbeamte

Die Kleine Anfrage soll die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für ehemalige Minister, Staatssekretäre und politische Spitzenbeamte aufzeigen und dazu im Vergleich die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/12017 vor.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11903

Wertschöpfung in ländlichen Räumen

Die neoliberale Politik der Konzentration auf städtische Metropolregionen als wirtschaftliche und kulturelle Zentren führt zu einer rapide abnehmenden wirtschaftlichen und kulturellen Attraktivität ländlicher Räume. Die Linksfraktion erfragt bei der Bundesregierung Wirtschaftsdaten zu ländlichen Räumen und Informationen zu Strategien der Bundesregierung, um die Lebensqualität und Wertschöpfung in ländlichen Räumen zu steigern.

19.12.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11902

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im November 2012

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangenen Straftaten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren und aktuelle Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, jüdischen Organisationen und Verbände etc. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile eine wichtig gewordene Orientierung.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11901

Verkehrsfähigkeit von Lebensmitteln, die durch gesundheitsschädliche Mineralölbestandteile aus der Verpackung belastet sind

Gesundheitsschädliche Mineralölbestandteile können in größeren Mengen von Verpackungen aus Altpapier in die Lebensmittel übergehen. Nach der EU Verordnung 2023/2006 müssen Lebensmittelhersteller den Nachweis erbringen, dass das von ihnen eingesetzte Verpackungsmaterial die verpackten Lebensmittel nicht nachteilig beeinflusst. Es stellt sich die Frage inwieweit betroffene Produkte verkehrsfähig sind.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11984 vor.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11807

Extremismus-Video der Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat ein Video zum Thema „Extremismus“ produziert, in dem Neonazis mit Linksradikalen gleichgesetzt werden. Die Mordserie des NSU wird gar als Reaktion auf das „Abfackeln“ von Luxusautos durch (angebliche) Linke gewertet. DIE LINKE sieht diese Entgleisung als Verhöhnung der NSU-Opfer. Die Extremismusthese mit ihrer Gleichsetzung beweist einmal mehr ihre völlige Untauglichkeit.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11992 vor.

Anträge, Anfragen & Initiativen

= aktuelle Sitzungswoche

18.12.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11798

Treffen von Militärangehörigen aus Deutschland und anderen Staaten mit Vertretern der bewaffneten syrischen Opposition in Riyad zur Neustrukturierung

Die Kleine Anfrage muss klären, ob sich die Bundesregierung nicht doch stärker an militärischen Aspekten des Bürgerkrieges beteiligt, als bisher angenommen. Laut einem Artikel aus einer libanesischen Zeitung sollen an einem militärischen Planungstreffen der Opposition auch Mitglieder der Bundesregierung oder des Nachrichtendienstes beteiligt gewesen sein. Der Bürgerkrieg in Syrien erreichte jüngst seinen traurigen Höhepunkt: nach UN-Angaben sind bereits 40.000 Menschen umgekommen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11988 vor.

14.12.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11813

Geschlechtsspezifische Belastungen und Risiken von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland

Ein Zusammenhang zwischen Wohnortnähe zu einer Atomanlage und Leukämie bei Kindern unter fünf Jahren wurde bereits festgestellt. Bisher fehlt aber ein differenzierter Blick auf die Belastungen von Männern und Frauen. DIE LINKE fragt nach den bislang unterbelichteten spezifischen Risiken durch Beschäftigung in einem Atomkraftwerk und Wohnortnähe. Gefragt wird zudem nach der Verantwortung der Bundesregierung für deutsche Staatsbürger/innen, die im französischen AKW Cattenom beschäftigt sind.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11812

Unisextarife, kollektive Rechnungszinssenkung und Mindestleistungen in der privaten Krankenversicherung

Die privten Krankenversicherer müssen das Urteil des EuGH umsetzen und Unisextarife einführen, womit Frauen zukünftig nicht mehr diskriminiert werden sollen. Um Frauen in Bestandstarifen von der Inanspruchnahme ihres gesetzlich garantierten Wechselrechts in die neuen, für sie prinzipiell günstigeren Unisex-Tarife abzuhalten, senken die Versicherer nun kollektiv den Rechnungszins, was zu einer Erhöhung der Unisex-Beiträge führt, die damit unattraktiv werden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11997 vor.

19.12.2012

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/11797

Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Griechenland im Rahmen der Anpassungsprogramme

Die wirtschaftliche Lage in Griechenland hat sich seit Ausbruch der Krise zunehmend verschlechtert. Kontinuiierlich mussten EU und IWF ihre Prognosen nach unten korrigieren. Die von der Troika diktierte Kürzungspolitik ist offensichtlich wirkungslos. Bis Ende 2013 wird die griechische Ökonomie um über 20% geschrumpft sein. Auch soziale Lage hat sich dramatisch zugespitzt. Die Bundesregierung treibt diese Politik massgeblich mit voran.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als Drucksache Nr. 17/11996 vor.

17.01.2013

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/12090

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme

Eine Neuregelung zur Genehmigung psychiatrischer Zwangsmaßnahmen ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung notwendig geworden. Der Gesetzentwurf veschärft etwas die verfahrenstechnischen Anforderungen, tut sonst aber nichts, um die Zahl der Zwangsmaßnahmen zu verringern. Der Entschließungantrag zeigt, wo Handlungsoptionen bestehen, um Zwangsmaßnahmen zu minimieren. Zusätzlich brauchen wir Daten über Art und Umfang von in Deutschland durchgeführten Zwangsmaßnahmen.

DIE LINKE. auf der Grünen Woche:

Freitag, **18. Januar 2013** bis
Sonntag, **27. Januar 2013,**
Messe Berlin, Halle 6.2 b,
Stand 123 a.

Besuchen Sie uns und treffen Sie unsere Abgeordneten aus dem Bundestag!

Tauschen Sie diese Anzeige an unserem Stand gegen unser Kochbuch.

Weitere Informationen unter
www.linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer

Reden

18.01.2013 – KIRSTEN TACKMANN
Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen

TOP 23. Rede zu Protokoll, 16.01.2013, Dr. Kirsten Tackmann, Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz – TierGesG), Drucksache 17/12032

Im Jahr 2012 trat eine neue Tierseuche mit großen Schäden vor allem in Schafbeständen auf. Als Ursache wurde später ein bislang völlig unbekanntes Virus identifiziert, das nach dem ersten Ort benannt wurde, wo die Erkrankung auftrat: das Schmallenberg-Virus. Aber auch in den Jahren davor erkrankten Nutztierbestände an neuen oder bislang hier unbekannten Krankheiten. Erinnert sei an die Blauzungenkrankheit bei Schafen und Ziegen oder das Blutschwitzen der Kälber. Das so genannte Vogelgrippe-Virus verbreitete sich in einer bislang nicht gekannten Geschwindigkeit von Asien bis nach Europa aus und löste eine Debatte über das Risiko von Pandemien aus, also Infektionserkrankungen, die sich ohne zeitliche und räumliche Beschränkungen ausbreiten und damit besonders riskant sind. Es gibt auch Bestandserkrankungen, deren Ursache sehr lange ungeklärt bleiben, wie beim so genannten chronischen Botulismus der Rinder. Fazit: Tiererkrankungen und Tierseuchen sind unterdessen zu Existenz bedrohenden Risikofaktoren für Landwirtinnen und Landwirte geworden. Mal ganz davon abgesehen, dass solche Situationen Bäuerinnen und Bauern auch emotional stark belasten. [...]

weiterlesen HIER

17.01.2013 – DIANA GOLZE
220 000 Kita-Plätze fehlen derzeit bundesweit

Es ist schon verwunderlich. Wenn man den Gesetzentwurf durchliest und wenn man die Rede unserer Ministerin dazu hört, dann gewinnt man den Eindruck, die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen hätten das Gefühl, den beschlossenen Rechtsanspruch locker umsetzen zu können, und es ginge nur noch um diese kleine Differenz zwischen den Plätzen für 37 Prozent bzw. 39 Prozent der Kinder. Diese 30 000 Plätze könne man den Ländern gerne auch noch hinterhertragen, wie es Herr Kober vorhin sagte.
Sie nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, dass diese 37 Prozent bzw. 39 Prozent von Anfang an bewusst zu niedrig angesetzt wurden und dass es einen deutlich höheren Bedarf geben wird, den das Statistische Bundesamt vor wenigen Wochen deutlich beziffert hat.
220 000 Plätze fehlen derzeit bundesweit. Frau Ministerin, da helfen keine Zahlenspiele. Da helfen auch keine statistischen Berechnungen. Es helfen auch keine Erklärungen, wie Umfragen oder statistische Mittelwerte zustande kommen. Das zu wissen, können Sie einem durchschnittlichen Bundestagsabgeordneten durchaus zutrauen. [...]

weiterlesen HIER

17.01.2013 – DIANA GOLZE
Für eine eigenständigen Jugendpolitik

Kaum eine Bevölkerungsgruppe steht mit ihren Bedürfnissen so wenig im Fokus der politischen Debatten, wie Jugendliche. Werden sie wahrgenommen, sind die Schlagzeilen meist negativ. Desillusioniert, gewalttätig, politikmüde, uninteressiert an der Gestaltung unserer Gesellschaft. Ein solches Bild von einer ganzen Bevölkerungsgruppe lässt nicht verwundern, dass Rufe nach der Verschärfung von Jugendstrafen, nach einer Einführung von Warnschussarresten schnell hochkommen und nicht selten auch begrüßt werden. Die Kehrseite, die vielleicht Ursachen für viele der Negativbilder in sich birgt, findet aber in der Öffentlichkeit kaum Gehör. Etwa, wenn ein Programm zur Begleitung von Schulverweigerern beendet werden soll, ohne dass ein neues Angebot für diese Jugendlichen geschaffen wird. Oder wenn es immer zuerst Angebote für Jugendliche sind, die dem Rotstift zum Opfer fallen, wenn sich die Kassen der Kommunen leeren. Es gibt kaum eine Bevölkerungsgruppe, über die es so wenige Erhebungen zu ihrer sozialen Situation gibt, kaum eine, deren Bedürfnisse und Anforderungen an die Gesellschaft von der Politik so wenig wahrgenommen werden. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an die schwarz- gelbe Bundesregierung, als sie im Koalitionsvertrag die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik versprach.
[...]

weiterlesen HIER

Kontakt

Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau
Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg
Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail:dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Diana Golze

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig
Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog
Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Thomas Nord

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde
Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail:thomas.nord@wk2.bundestag.de

Sabine Stüber

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde
Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau
Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz
Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Impressum

Deutscher Bundestag
Fraktion DIE LINKE
Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675
Fax: (030) 227 - 76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

LAYOUT: K. BRÜCKNER

Foto: Torsten Rissmann_pixelio.de

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 01.02.2013.

DIE LINKE.
BRANDENBURG

Foto: Gordon Gross_pixelio.de